

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

erschint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.00 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 151

Altensteig, Freitag den 2. Juli

1926

## Um die Fürstenabfindung

Die Sozialdemokratie beschloß gegen das Fürstenabfindungsgesetz zu stimmen und verlangt Auflösung des Reichstags.

Berlin, 1. Juli. Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger teilt mit: In der Fürstenabfindungsfrage haben heute keinerlei Kompromißverhandlungen stattgefunden. Sie werden erst am Freitag, nachdem die Stellungnahme der Sozialdemokraten bekannt ist, wieder aufgenommen werden.

Der Rechtsausschuß und der Beamtenausschuß des Reichstages haben sich bereits bis zum Oktober vertagt.

Berlin, 1. Juli. (Abends 10,15 Uhr.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger hört, nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit beschlossen, gegen das Fürstenabfindungsgesetz zu stimmen. Die Fraktionsführung dauert noch an. Der offizielle Beschluß wird erst später bekannt gegeben werden.

Berlin, 1. Juli. (Abends halb 11 Uhr.) Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Ablehnung des Fürstenabfindungsgesetzes wurde, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger weiter hört, mit 73 gegen 38 Stimmen angenommen. Damit sind auch weitere Verhandlungen mit der Regierungspartei über diese Frage erledigt. Der Fraktionsvorsitzende Welsch wird am Freitag bei der dritten Beratung des Gesetzes den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstages fordern.

Zu der sozialdemokratischen Ablehnung der Fürstenabfindungsvorlage

Berlin, 2. Juli. Der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion läßt, den Blättern zufolge, keinen Zweifel mehr daran, daß die Gesetzesvorlage über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstentümern fallen wird, zumal nunmehr auch, wie es in der „Täglichen Rundschau“ heißt, die Deutschenationalen ausnahmslos gegen die Vorlage stimmen werden. Die Haltung der Regierung bleibt vorläufig noch eine offene Frage. Das Reichskabinett hat sich zwar gestern abend in einer Sitzung mit der Lage beschäftigt, hat aber endgültige Beschlüsse nicht gefaßt. Wahrscheinlich wird es erst heute darüber entscheiden, was angesichts des Scheiterns der Regierungsvorlage getan werden soll. Sollten die Sozialdemokraten heute einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen, so dürfte dieser kaum Aussicht auf Annahme haben. Die Blätter verzeichnen dann noch verschiedene andere Lösungsmöglichkeiten, so den Vorschlag eines Ermächtigungsgesetzes, das der Reichsregierung die Vollmacht geben soll, von sich aus ein Reichslandgericht einzusetzen. Aber auch dieser Vorschlag dürfte sich, nach mehreren Blättern, schwerlich mit einfacher Mehrheit durchführen lassen. Die Demokraten denken an die Wiederaufnahme ihres Antrages, den Ländern die gesetzliche Regelung der Fürstenabfindung zu überlassen. Aber auch für diesen Fall ist es mehr als zweifelhaft, ob für den Antrag die notwendige Zweidrittelmehrheit sich finden wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält für die wahrscheinlichste Lösung die Vertagung der ganzen Angelegenheit bis zum Herbst, sodas bei einer Nichtverlängerung des Sperrgesetzes Zeit und Gelegenheit für einen Vergleich oder eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürsten bliebe.

## Politische Greiflichter.

Das Urteil gegen Kutisker. Mit der Beendigung des Verfahrens gegen Kutisker hat ein letzter Rest der Inflationzeit seine Erledigung gefunden. Das Urteil ist hart. Die deutsche Öffentlichkeit wird es trotzdem als berechtigt empfinden, auch wenn es gegen einen kranken Mann ausgesprochen wurde. Kutisker war einer von denen, die die Inflationzeit für ihre persönlichen Zwecke auszunutzen wußten. Die ungeheure Verelendung der breitesten Volksschichten und die Vernichtung des bürgerlichen Mittelstandes brachte ihm Gewinn über Gewinn. Die Stabilisierung der Mark bedeutete freilich auch sein Ende. Er wurde das Opfer der Inflationsspielsche, aus der heraus er glaubte

auch weiterhin mühelos Unsummen verdienen zu können. Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung machte ihm einen Strich durch die Rechnung, und als er verlor, „La fortune“ zu korrigieren, indem er Wechsel fälschte, brach ihm sein Inflationssumpfen und späterer schärfster Gegner Holzmann, den im gleichen Prozeß auch das Schicksal ereilt hat, das Genick. Kutisker hat, wie verlautet, Revision gegen das Urteil eingelegt und es ist möglich, daß die Revisionsinstanz formale Fehler entdeckt, die nach den bestehenden Prozeßvorschriften die Wiederaufnahme des Verfahrens zur Folge haben müssen. Das Urteil des deutschen Volkes steht freilich unverändert fest und wird hierdurch nicht berührt werden. Wenn es auch nicht gelungen ist, allen denen, die in der Inflation sich über die Grundsätze von Treu und Glauben hinwegsetzten, auf die Spur zu kommen, so ist hier doch ein Exempel statuiert, das seine Gültigkeit auch dann behalten wird, wenn das Berufungsgericht zu einer milderen Beurteilung gelangen sollte.

Die letzten Schwierigkeiten der Russencredite scheinen nunmehr überwunden zu sein. Die Schwierigkeiten lagen, wie das auch am Dienstag der Reichswirtschaftsminister im Haushaltsausschuß feststellte, vor allem darin, daß die Großbanken glaubten, bei der Länge der Kredite, die zum Teil über vier Jahre laufen, nicht auf die Zahlungsfrage heruntergehen zu können. Für die Erwägungen der Banken ist dabei natürlich auch die wenig gefestigte Lage der russischen Volkswirtschaft sehr stark mitbestimmend gewesen. Die Schwierigkeiten konnten schließlich nur dadurch beseitigt werden, daß das Reich den Banken für ein Drittel der russischen Wechsel eine Rebidontierungsmöglichkeit eröffnete, sodas nunmehr ein Teil der langfristigen Kredite in kurzfristige verwandelt werden kann. Deutschland hat damit erneut Entgegenkommen bewiesen, und es wird nun höchste Zeit, daß auch die Sowjets zeigen, ob sie Wert auf die Wiederaufnahme der beiderseitigen Handelsbeziehungen in großem Maßstabe legen. In sich ergänzt sich die deutsche und die russische Volkswirtschaft in der glücklichsten Weise. Es wäre zu wünschen, daß die Zusammenarbeit zwischen deutscher Industrie und russischer Agrarwirtschaft sich dauerhaft gestaltet. Das ist aber natürlich nur möglich, wenn beide Teile von dem gleichen Geiste freundschaftlicher Loyalität erfüllt sind, wie ihn Deutschland gerade in dieser Frage schon zur Genüge bewiesen hat.

Eine neue kommunistische Organisation ist von dem früheren und jetzt fraktionslosen Reichstagsabgeordneten Zwan Rah geschaffen worden, der bereits vor längerer Zeit aus der kommunistischen Fraktion des Reichstages ausgeschlossen war. Mit Rah haben die ebenfalls ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Korisch und Dr. Schwarz seit längerer Zeit gegen die K.P.D. konspiziert. In frischer Erinnerung ist noch der Krach innerhalb der kommunistischen Partei, wobei der linke Flügel gegen die Moskauer Politik sich wandte und dafür aus der Parteiorganisation ausgeschlossen wurde. Der Abgeordnete Zwan Rah hat also wieder eine Aufgabe gefunden, in Deutschland den „Linkskommunismus“ hochzuzüchten. Er hat die allgemeine Arbeiterunion, den Industrieverband für das Berleberggewerbe und die „Linke K.P.D.“ zu einem Spartakusbund „linkskommunistischer Organisationen“ zusammengeschlossen. Der neue Spartakusbund knüpft natürlich an das alte Spartakusprogramm der Revolution von 1918 an, das von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verkörpert wurde. Mit der Devise „Lösung des internationalen Proletariats von der Moskauer Staatspolitik“, „Bekämpfung und des Parlamentarismus und der Amsterdamer Gewerkschaften“ wird Herr Rah bei der unbeschreiblich großen Konkurrenz, die in dieser Hinsicht besteht, wohl kaum Aussicht auf Erfolg haben. Aber schließlich war das ja nicht der Zweck der Aktion, sondern lediglich bestand der Sinn der Gründung der neuen kommunistischen Gruppe darin, dafür zu sorgen, daß Herr Rah keine Langeweile bekomme. Im übrigen wird man sich auch über den neuen Spartakusbund keine Sorgen zu machen brauchen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen werden durch den schleppenden Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen genügend charakterisiert. Die Schuld liegt dabei nicht auf deutscher Seite. Deutschland hat mehrfach seinen ernsthaften Verhandlungswillen zu erkennen gegeben und wenn es bisher noch nicht gelungen ist, mit den Polen auch nur zu einem bescheidenen Fortschritt zu kommen, so liegt die Schuld dabei durchaus auf polnischer Seite. Bezeichnend dafür ist folgendes: In den letzten Tagen wurden von Warschau aus Meldungen verbreitet, wonach die Regelung des Niederlassungsrechtes Deutscher in Polen vor einem Abschluß stünde. An diese Mitteilung wurde von der Warschauer Presse die

Erwartung geknüpft, daß nunmehr die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen rascher vorwärts gehen würden. Hierzu ist festzustellen, daß die polnische Delegation in Berlin bisher noch nicht in der Lage war, den deutschen Unterhändlern auch nur einen Termin zu nennen, an dem über die Frage des Niederlassungsrechtes verhandelt werden könnte. Der Warschauer Optimismus ist also nur als ein Manöver der dortigen Amisstellen zu verstehen, die auf diese Weise vor der polnischen Öffentlichkeit offenbar Deutschland für die Verschleppung der Wirtschaftsverhandlungen verantwortlich machen wollen.

Benesch bleibt tschechischer Außenminister, das ist das Ergebnis der Krise, die die Tschchoslowakei in diesen Tagen durchgemacht hat. Die Nationalsozialisten, die Partei der Dr. Benesch angehört, hatten von ihm gefordert, daß er sein Amt niederlege, da sie mit seiner europäischen Politik insgesamt unzufrieden sind. Die Nationalsozialisten sind bekanntlich in der Tschchoslowakei die Elemente, die am schärfsten gegen das Sudeten-Deutschtum zu Felde ziehen. Nun kann man Herrn Benesch gewiß nicht nachsagen, daß er sich irgendwie deutsch-freundlich gegeben habe. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß es zwischen der Tschchoslowakei und Deutschland in Genf später noch sehr lebhaft Auseinandersetzungen über die Frage der Behandlung der nationalen Minderheiten geben wird. Der tschechische Außenminister hat sich aber lediglich dem Zwang der Verhältnisse angepaßt, und das ist es, was ihm seine Partei offenbar in steigendem Maße übel genommen hat. Nur der Autorität des Staatspräsidenten Masaryk ist es gelungen, Benesch dadurch im Amt zu halten, daß er rundheraus erklärte, er denke nicht daran, auf die Mitarbeit des gegenwärtigen Außenministers zu verzichten.

## Eine Note der Botschafterkonferenz?

Marshall Foch gegen die Reichswehr

Berlin, 1. Juli. Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht eine Festschrift aus Paris „von besonderer Seite“, in der über die letzte Sitzung der Botschafterkonferenz berichtet wird, die sich u. a. mit der Militärkontrolle Deutschlands beschäftigte. Den Besprechungen über diese Frage lag ein Gutachten des Marschalls Foch als Vorsitzenden des Versailler Kriegskomitees zugrunde, das sich auf den Bericht des Präsidenten der Militärkontrollkommission in Deutschland, General Walsh, stützt. In diesem Gutachten wird nach der Festschrift in dem Reichswehretat für 1926 ein Verstoß gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages erblickt und die Abendung einer Note an die deutsche Regierung vorgeschlagen, in der die Botschafterkonferenz unter Bezugnahme auf eine Aeußerung des Reichswehrministers Gehler im Reichstag, daß die Kontrollkommission keinerlei Einwendungen gegen den Etat erhoben habe, Verwahrung dagegen einlegt, daß diese Tatsache als Zustimmung der Alliierten zu dem Etat ausgelegt wird. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die Durchführung der deutschen Entwaffnung noch nicht als beendet anzusehen und damit an eine Zurückziehung der Militärkontrollkommission aus Deutschland vorerst noch nicht gedacht werden könne. Wie es in der Festschrift weiter heißt, stieß das Gutachten der Botschafterkonferenz auf den heftigsten Widerstand Englands, das hierin wirksam durch Italien unterstützt wurde. Beide Länder forderten die Beendigung der Militärkontrolle in Deutschland vor dessen Aufnahme in den Völkerbund, stimmten aber im übrigen bezüglich des Reichswehretats dem Vorschlage Foch zu, sodas, falls dies inzwischen noch nicht geschehen sein sollte, in allernächster Zeit mit einem Ententevorstoß gegen den deutschen Reichswehretat zu rechnen sei.

Berlin, 1. Juli. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist bisher beim Auswärtigen Amt eine Note weder angekündigt, noch übergeben worden. Da die in dem Bericht der Botschafterkonferenz erwähnte Rede des Reichswehrministers bereits mehrere Monate zurückliegt und die Botschafterkonferenz inzwischen verschiedentlich zusammengetreten ist, erscheint es unwahrscheinlich, daß die Rede des Reichswehrministers jetzt Gegenstand einer neuen Note der Botschafterkonferenz an die Reichsregierung bilden wird.

## Neues vom Tage.

Ergebnislose Verhandlungen über die Zollfrage

Berlin, 1. Juli. Das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger teilt mit: Die Verhandlungen über die Zollfrage, die zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten heute im Reichstag stattfanden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie wur-

den daher um 8 Uhr abends abgedroht und auf Freitag vertagt. Am Freitag um 9 Uhr vormittags tritt der handelspolitische Ausschuss zusammen, um sich mit diesen Fragen erneut zu beschäftigen. Nach der Ausschussung werden die Besprechungen zwischen den Parteien wieder aufgenommen werden.

Hilfe für die Sparrer

Berlin, 1. Juli. Der Reichstagsausschuss für die Frage der Anleiheablösung kam in einer Sitzung zu folgenden Ergebnissen: Es wurde angenommen ein von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag Hertig (Dank.), der die Regierung auffordert, die noch vorhandenen Ueberschüsse des Rechnungsjahres 1925 zur besonderen Anleiheablösung für solche Gläubiger zu verwenden, bei denen wegen hohen Alters ein besonderes Bedürfnis zu rascher und weitherziger Hilfe besteht. Wenn nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers die Ueberschüsse des Vorjahres 180 Millionen betragen, würden nach dem von dieser Summe bereits 147 Millionen anderweitig verbucht sind, für den genannten Zweck noch 33 Millionen zur Verfügung stehen. In einem weiter angenommenen Antrag wird festgestellt, daß der Satz von 12,5 v. H. für die Aufwertung von Gemeindeanleihen im Sinne des Gesetzgebers so aufzufassen ist, daß der Satz von 12,5 v. H. nicht den gesetzlichen Normalatz, sondern den Mindestatz bedeutet.

Hochwassererlöshäfen im Draehenberger Gebiet

Breslau, 1. Juli. Amtlich wird gemeldet: Regierungspräsident Janitzki besichtigte einige durch das Hochwasser besonders stark geschädigte Gebietsstücke der Draehenberger Segend im Kreise Militsch. Die Heu-, Halm- und Hackfruchtenteile von über 32 000 Morgen ist total vernichtet. Der Schaden wird auf annähernd 2 Millionen RM. geschätzt.

Die französischen Zinsakkredite angenommen

Paris, 1. Juli. Gegen 8 Uhr vormittags haben Senat und Kammer nach 12stündiger Beratung sich über die Zinsakkredite für das Budgetjahr 1926 geeinigt und diese nach dem Regierungsentwurf mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Erregte Szenen in der französischen Kammer

Paris, 1. Juli. Im Verlaufe der Kammerverhandlungen über die Zinsakkredite kam es zu Szenen, die besonderes Interesse erregten. Nach einem alten Brauch wird die Debatte über die Zinsakkredite zur Erledigung geringfügiger Fragen benutzt. So wurde gestern die Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften behandelt, wobei sich eine lange Debatte darüber entspann, ob sie wie alle übrigen Unternehmungen der Umsatzsteuer unterliegen oder nicht. Caillaux geriet über die langwierige Debatte in große Erregung und als es den Sozialisten gelang, die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer durchzusetzen, rief Caillaux den Sozialisten wütend zu: „Nehmen Sie an, was Sie wollen, ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es nicht Gesetz wird.“ In den Reihen der Sozialisten war man sprachlos. Darauf kam es zu einem lebhaften Zwiegespräch zwischen dem Finanzminister und einigen seiner Kollegen und als der Berichterstatter versuchte, das Gespräch zu unterbrechen, um in seiner Berichterstattung fortfahren zu können, rief der Präsident: „Lassen Sie doch den Finanzminister seine interessante Unterredung fortsetzen.“ Caillaux erwiderte: „Habe ich nicht mehr das Recht, mit meinen Kollegen zu sprechen? Ich stehe der Kammer natürlich zur Verfügung.“ Darauf erklärte der Präsident: „Die Sitzung ist wieder aufgenommen.“ Als darauf der Finanzminister die Kammer bat, einen Zinsakkredit zum Flottenprogramm anzunehmen, wandte sich Caillaux dagegen und erklärte: „Hier wird von Finanzen gesprochen und nicht von Marine.“ Der Marine-

minister entgegnete: „Es handelt sich nur um 11 Millionen Franken.“ In den Reihen der Linken erregte dieser Zwischenfall großes Vergnügen. Die Kommunisten riefen den Ministern zu: „Einigen Sie sich, meine Herrschaften!“ Die Mitte war peinlich berührt. Schließlich fand Caillaux seine Ruhe wieder und schloß die Auseinandersetzung mit den Worten: „Wenn es nur 11 Millionen sind, kann man morgen darüber reden.“

Schlechte Aussichten für Caillaux

Paris, 1. Juli. In parlamentarischen Kreisen nimmt man allgemein an, daß die Regierung am kommenden Dienstag bei der Abstimmung über die Finanzprojekte in die Minderheit verfehlt wird, weil von rechts bis links eine starke Mehrheit gegen die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens vorhanden sei und damit die Grundlage des Finanzprogramms erschüttert werde. Man beschäftigt sich in parlamentarischen Kreisen bereits mit der Frage, wer Brindos Nachfolger werde.

Das Komplott gegen das spanische Königspaar

Paris, 1. Juli. „Matin“ gibt eingehende Enthüllungen über die Aufdeckung des Komplotts, das gegen das spanische Königspaar gerichtet gewesen sein soll und das die Pariser Polizei am Freitag vormittag, also einen Tag vor der Ankunft des Königspaares, habe aufdecken können. Anfang Mai seien 5 Personen in Cherbourg mit einem aus Argentinien kommenden Dampfer eingetroffen, die in Buenos Aires ausgehört, auf Paris lautende Pässe hatten. Der Polizei war bekannt geworden, daß sie gelegentlich der Reise des spanischen Königspaares einen Anschlag versuchen würden. Am vergangenen Freitag abend wurden daher, nachdem die Polizei festgestellt hatte, daß die Pässe nicht in Ordnung waren, 2 der fünf Leute, die sich als bekannte Anarchisten entpuppten, festgenommen. Sie sollen Waffen mit Munition bei sich getragen haben und nach Paris gekommen sein, um König Alfons zu töten. Die übrigen drei Verdächtigen konnten fliehen. Dem König von Spanien sei bis zu seiner Abreise die Angelegenheit verheimlicht worden.

Zuspitzung der Lage in Spanien

Paris, 1. Juli. Wie dem „Deuts“ von der spanischen Grenze gemeldet wird, ist auch der Führer der spanischen Liberalen Graf Romanones in das durch die Regierung unterdrückte Komplott verwickelt. Er konnte aber rechtzeitig im Auto die französische Grenze erreichen und hält sich gegenwärtig in dem Badeorte Hendaye an der französisch-spanischen Grenze auf. Wie weiter gemeldet wird, sind bisher über 400 Militärpersonen gefangen gesetzt worden. Die Reisenden, die aus Spanien zurückkamen, versicherten, daß das Land vor einer ernsthaften Umwälzung stehe. Die Zeitung dulde keine Nachrichten über die Ereignisse.

Großfeuer

Altona, 1. Juli. Heute abend kurz nach 7 Uhr entstand in dem großen Sägewerk und der Möbelfabrik „Hollatia“ Neumann u. Co. in Ottenien ein Großfeuer, welches sich in kurzer Zeit stark ausdehnte. Mehrere Züge der Ottenenser und Altonaer Feuerwehr bekämpften das Feuer und versuchten den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die umliegenden Fabriken sind stark gefährdet. Der Schaden ist bedeutend. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Annahme des Achtstunden-Gesetzes in dem Unterhaus  
London, 2. Juli. Das Unterhaus hat das Gesetz betr. die Einführung des Achtstundentages im Kohlenbergbau in dritter Lesung mit 332 gegen 147 Stimmen angenommen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Juli.

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und teilt mit, daß entweder am Freitag zwei Sitzungen stattfinden oder eine Schlußsitzung vor den Ferien noch am Samstag.

Der völkische Abg. Weidenhöfer hat gegen einen Ordnungsrath Einspruch erhoben. Er hatte, als nach dem Abg. Rosenfeld der Abg. Vandsberg in der Fürstenabstimmung eine Debatte des Wort nahm, gerufen: „Der zweite Jude!“ Einspruch gegen den Ordnungsrath wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen verworfen. Als der Abg. von Graefe namentlich rufte: „Also ist das Wort Jude eine Beleidigung“ antwortet der Präsident: Es kommt immer auf die Absicht an!

Zur ersten Lesung steht dann das Gesetz über die Ausweisung von Verfahrern. (Sperrezeit zur Fürstenabfindung.)

Reichsfinanzminister Dr. Marx nimmt sofort das Wort. Nach dem Gesetze vom 13. Februar ds. Js. sind Rechtsstreitigkeiten zwischen den Ländern und Mitgliedern der normalen reichstagsfähigen Fürstentümer über die vererbensrechtliche Auseinandersetzung und damit zusammenhängende Fragen auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgerichtlichen Regelung auszuheben. In dem Gesetz vom 2. April ds. Js. ist eine entsprechende Regelung für Verfahrern wegen Auflösung von Familienverträgen der ehemaligen Fürstentümer getroffen. Die Geltungsdauer dieser beiden Gesetze ist heute abgelaufen. Wenn die Reichsregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Verlängerung der Sperrezeit bis zum 31. Dezember ds. Js. vorschlägt, so dürfen aus der Einbringung des Entwurfes unmittelbar vor der Entscheidung in der Fürstenfrage keineswegs irgendwelche Schlüsse dahin gezogen werden, als sei in der Aufhebung der vererbensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstentümern zur Einseitigkeit zu bringen. Ich möchte nochmals der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, daß sich der Reichstag mit der erforderlichen Mehrheit zu der von der Reichsregierung vorschlagene Lösung des Problems bekennen wird. Nach wenn dieser Erwartung entsprochen wird, ist die Verabschiedung des gegenwärtig zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes aus prozeduralen Gründen notwendig. Sollte die Erwartung der Reichsregierung sich nicht erfüllen, so legt die Regierung auf die Verlängerung der Sperrezeit keinen Wert mehr. (Hört, hört.)

Das Sperregesetz wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der 3. Lesung erhebt Reichsfinanzminister Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter selbst Einspruch.

Abg. Dr. Schneider (Dn.) befürwortet dann namens des Ausschusses für die Entschädigungsangelegenheiten eine Entschädigung, wonach die Reichsregierung Mittel bereit stellen soll, um den Geschädigten, die einen entschädigungsfähigen Liquidationsschaden mit einem Grundbesitz von mehr als 200 000 Mark erlitten haben und entwürzelt sind, über den Rahmen der Richtlinien für Wiederaufbaudarlehen hinaus Darlehen zum Zwecke des Wiederaufbaus zu gewähren, sofern dieser der deutschen Außenwirtschaft dient und ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse an ihm besteht.

Abg. Schirmer-Dresden (Soz.) befürwortet die Anträge einer Partei, wonach in der Ausführendenverordnung die Beschränkung auf große Schäden gestrichen werden soll.

Abg. Dr. Behr (Dem.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, weil er eine völlige Lähmung des obenhin schon recht schwachen und bürokratischen Entschädigungsverfahrens zur Folge haben würde.

Die Vorschläge des Ausschusses werden abgelehnt. Eine Zentrumseinschließung wird angenommen, eine sozialdemokratische abgelehnt.

Abg. Wänneburg (Dem.) berichtet dann über die Anträge zur Förderung der ländlichen Siedlungswesen, die Annahme finden. Weitere Anträge zu verschiedenen Genossenschaften werden angenommen.

Freitag 3. Lesung des Abfindungsgesetzes.

Die köstliche Perle

Original-Roman von Karl Schilling

20) (Nachdruck verboten.)

„Habe etwas Vertrauliches für Sie, lieber Doktor!“

„Es ist wohl nicht indiskret, wenn ich wieder einmal mich in Ihre Lebensverhältnisse mischen und ein wenig die Vorsehung, verstehen Sie, die gnädige Vorsehung, spielen möchte. Sie staunen? — Bitte, lesen Sie!“

Nun reichte er ihm ein Blatt Papier hin. Es war ein Telegramm. Falkner las:

Heidelberg.  
Dr. Trümmler tot. Herzschlag. Glänzende Praxis. Klinik. Professur in Aussicht.

Verständnislos überstolz Falkner die Zeilen. Was sollte das? Fragend blickte er dem Geheimrat ins Gesicht.

Der rieb sich mit seinem Schmunzeln die Hände.

„Rästel, lieber Doktor, Rästel! Verstehen Sie?“

„Daß in Heidelberg Dr. Trümmler gestorben ist und dadurch eine glänzende Stellung frei wird?“

„Die Sie nehmen müssen, Doktor, und logisch. Bin schon lange orientiert. Da können Sie Ihr Glück machen: Feine höhere Praxis. Angenehme Klinikleitung. Ordentliche Professur sicher. Verbindet Wissenschaft und Können. Ganz für Sie geschaffen, Doktor, greifen Sie zu, schnell! Hunderte von Händen werden sich darnach austrecken. Sie stehen kurz vor Ihrer Vermählung. Nun bietet Ihnen das Glück die Hand, oder wollen Sie als Rentier künftig vegetieren?“

Er lächelte und Falkner lächelte nun auch.

„Sie kennen mich... eher tot!“

„Na — vorläufig sollen Sie leben lange und glücklich. Nun hören Sie! Ich sehe mich sofort mit der medizinischen Fakultät in Verbindung. Sie werden den Behörden vorgeschlagen. Die Stelle ist Ihnen sicher. Meine Hand darauf. Der rechte Mann am rechten Platz. Sie sehen, wie akkurat ich bin. Lassen Sie mich meine besten Stühle, meinen beliebtesten Vertreter gehen. Ja, ja. Und preisen Sie sich glücklich, daß

Sie die Theosine, die köstliche Perle gefischt haben. Da kann das Geschäft schnell perfekt werden!“

Verständnislos sah Falkner auf.

„Das Geschäft?“

„Na, Sie Waisenknabe, denken Sie denn, die schöne Privatklinik wird Ihnen als Willkommensgeschenk geschenkt? Hausfeld lachte laut und lustig. „So 80—100 000 Mark! Ich würde da wohl Ihr lieber Schwiegervater springen lassen müssen. Sie erschrecken? Kleinigkeiten für ihn. Sicherste Kapitalanlage. Vornehmeres Hochzeitsgeschenk. Grundstock des Zukunftsglücks seiner Kinder!“

Nun lachte er wieder.

„80—100 000 Mark!“ Falkner seufzte.

„Ja, die Privatklinik müssen Sie mit übernehmen. Sonst wird nichts aus der Sache. Und nun flott. Berechnen Sie keine Zeit. Sehen Sie sich mit Ihrem Herrn Schwiegervater in Verbindung und teilen Sie mir möglichst noch heute Ihren definitiven Entschluß mit. Die Sache ist sehr eilig. Jede Stunde Verzug kann unsern Plan Unmöglichkeit werden lassen. — So. Auf Wiedersehen! Nein, nein, keinen Dank, Doktor! Jedem das Seine! Sie haben erstes Anrecht! Grüßen Sie Wohlbrinks! Auf Wiedersehen!“

Schon hatte der vielbeschäftigte Geheimrat den jungen Arzt hinausgeleitet.

In Falkner aber wogte ein Meer der Gefühle. Nun lachte ihm die Zukunft, und bot sich ihm eine glänzende Praxis. Schon immer war es sein sehnlichster Wunsch gewesen, eine Klinik leiten zu dürfen, dort seine Ideale, seine Reformideen verwirklichen zu können, und nun kam noch dazu das Amt eines Professors.

Hier konnte er jungen, strebsamen Leuten seine Erfahrungen, seine Pläne mitteilen, wohl eine Fülle der Arbeit, aber welcher Segen konnte dann von seiner Person, von seinem Schaffen ausströmen und die leidende Menschheit befluden! Das war ein Ziel, des Lebens wert.

Aber in dieses stolze, erhebende Lustgefühl mischte sich ein anderes, die Sorge um das Geld. Was sagte der Geheim-

rat? 80—100 000 Mark! Ja, ja, das war eine Kleinigkeit für seinen Schwiegervater, und doch drückte ihn der Gedanke, diesen um die Summe bitten zu müssen. Es erschien ihm als Demütigung, er kam sich als Bettler vor, — halt, da kam ihm der erlösende Gedanke: wie, wenn er von ihm das Kapital nur leihen würde? Die Klinik stand sicher, rentierte wohl vorzüglich, da borgte ihm zweifellos auch ein anderer das Geld, wenn er nicht zufällig Wohlbrinks Schwiegervater gewesen wäre. Natürlich würde er die Summe auch zu dem üblichen Prozentsatze ihm verginsen. Nein, so war es keine Vettelei, keine Demütigung. Ganz glücklich machte dieser Ausweg den Doktor. —

„He... aufpassen!“

Ein schriller Ruf ließ ihn aus seinen Gedanken aufschrecken. Boy Bliß! Bald wäre er beim Ueberschreiten der Straßbreite überfahren worden. Er schaute auf. Eine flotte Karosse mit zwei stolzen Kappen. Ehe er noch recht zur Befinnung kam, vernahm er vom Wagenfenster her ein Klöpfen.

Erstaunt blickte er hin.

Das Gesicht seines Schwiegervaters. Ja richtig, das war ja die Wohlbrinksche Karosse mit den prachtvollen Rappspferden. Schöne Bescherung, wenn ihn der eigene Schwiegervater überfahren hätte!

Der Kutscher hatte mit seinem feinen Bedientenohr das Klöpfen auch vernommen.

Ein Ruck, ein Knirschen der Räder und der Wagen stand sofort öffnete sich das Schlagfenster.

„Du, Feodor, wohin?“

„Gegenwärtig ohne Ziel, komme eben von Hausfeld.“

„Nun, dann stehe ein! Ich fahre eben zu Triffel!“

War das ein Wink des Schicksals? Zum Ueberlegen gab es aber wenig Zeit. Die Kappen stampften.

Da öffnete sich der Schlag. Der Arm des Kommerzienrats griff nach dem Aufstehenden und zog ihn herein.

Die Türe fiel zu. Die Kappen schritten aus, fort gingen.

(Fortsetzung folgt.)





### Beste Nachrichten.

#### Feuertod in einem Dorf

Peftan a. d. Donau, 1. Juli. In dem Dorfe Amtmannsdorf bei Maria-Neustift brach ein Brand aus, der sich infolge des herrschenden Windes rasch ausbreitete und in wenigen Stunden ungefähr 70 mit Stroh bedeckte Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude einäscherte.

#### Raubüberfall auf ein New Yorker Hospital

New York, 1. Juli. Im Roosevelt-Hospital, das eines der größten der Stadt ist und im dichtesten Verkehr des Westviertels liegt, gelang es sieben bewaffneten Räubern, ohne daß die in den Sälen befindlichen Ärzte und Besucher aufmerksam wurden, in den Kassenraum einzudringen. Sie hielten die 12 dort befindlichen Angestellten mit Revolvern in Schach und raubten 10 000 Dollar, die zu Gehaltszahlungen bestimmt waren. Der ganze Vorfall spielte sich so rasch und geräuschlos ab, daß keiner der Patienten in den benachbarten Räumen irgend etwas davon bemerkte.

#### Die Explosionskatastrophe in Polen

Berlin, 2. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Warschau meldet, geben die militärischen Kreise über die Koweler Explosion folgende Darstellung: Ein Soldat fand ein Artilleriegeschloß russischer Herkunft und brachte es zur Kompagnie, die sich rings um ihn versammelte. Plötzlich ließ er das Geschloß fallen, das mit so furchtbarer Wirkung explodierte. Die Zahl der Todesopfer stellt sich bereits auf 46, darunter 3 Offiziere, die Zahl der Verwundeten auf 55.

Eine Entschließung des Kongresses der Völkerbundsligen Aberschwyl, 2. Juli. Der Kongreß der Internationalen Vereinigung der Völkerbundsligen nahm eine Ent-

schließung an, in der der Wunsch nochmals zum Ausdruck gebracht wird, daß Deutschland im September als Mitglied in den Völkerbund mit einem ständigen Ratssitz aufgenommen wird. Die Entschließung fordert ferner die verschiedenen Regierungen auf, alle möglichen Mittel und Wege zu suchen, um den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen internationalen Gerichtshof möglich zu machen. Die spanische Forderung, alle Mitglieder des Völkerbunds durch Wahl zu bestellen, wurde an die einzelnen Vereinigungen zur Beratung verwiesen.

London, 2. Juli. Eine peinliche Szene ereignete sich in der geistigen Sitzung des Kongresses der Völkerbundsligen in Aberschwyl, in der Graf Bernstorff eine Rede hielt. Während der Vorsitzende den Grafen Bernstorff mit anerkennenden Worten vorstellte, sprang ein Mann im Zuhörerraum auf und beschimpfte Bernstorff, namentlich im Zusammenhang mit der Verfertigung der „Lusitania“. Der Mann wurde zum Verlassen des Gebäudes veranlaßt, wobei er weitere Beleidigungen ausstieß.

#### Einzelheiten über das Erdbeben auf Sumatra

Amsterdam, 1. Juli. Die Blätter veröffentlichen weitere Einzelheiten über die Erdbebenkatastrophe auf West-Sumatra. Darnach dauern die Erdstöße im Distrikt von Padang noch an. Die Stadt Solok ist von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Man hofft jedoch, daß die zerstörte Eisenbahnlinie in etwa einer Woche wieder hergestellt sein wird. Ueberall sind Militärabteilungen eifrig mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. In der Ortschaft Bapitoh wurden bisher 51 Tote gefunden. In dem Bezirk Padang-Pandjong sind fast alle menschlichen Niederlassungen vollkommen zerstört worden. In Penjalingin zählte man bisher 10 Tote, in Paninjawan 42 Tote und über 40 Verletzte.

#### Die Frage der Zuteilung kolonialer Mandate an Deutschland im Unterhaus

London, 1. Juli. Auf Anfrage eines Mitgliedes hinsichtlich der Möglichkeit der Zuteilung von Kolonialmandaten an Deutschland verwies Lord-Lampson im Unterhaus auf eine früher gegebene Antwort. Ein konservatives Mitglied fragte, ob man Deutschland klar und deutlich gesagt habe, daß es kein bereits existierendes Mandatsgebiet erhalten werde. Lampson erklärte, Deutschland sei noch nicht Mitglied des Völkerbundes. Sobald es Mitglied sei, dann sei es ein möglicher Kandidat für Mandate. Wedgewood Ben (lib.) fragte, ob Lampson der Meinung sei, daß Mandate für ewige Zeiten übertragen würden. Es erfolgte keine Antwort.

#### Natürliches Wetter für Samstag

Der Hochdruck im Norden hat sich weiter nach Osten gelagert und beherrscht die Wetterlage. Unter seinem Einfluß ist für Samstag vielfach heiteres und trockenes, nur zu vereinzelten Gewitterstürmungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauz.

## Nicht vergessen

daß man inserieren muß, wenn man günstig verkaufen oder einkaufen will. In unserer weitverbreiteten Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ haben Inserate besten Erfolg!

### Evangel. Kirchengemeinde Altensteig.

Am Samstag, den 3. Juli 1926, nachmittags von 2—4 Uhr wird im Luthersaal des Gemeindehauses die rückständige Kirchensteuer eingezogen. Kirchenpfleger Bock.

Grömbach.

### Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser treubesorgter Vater u. Bruder, Schwiegervater, Schwager und Großvater

## Friedrich Seeger

Bäcker und Wirt

heute früh nach kurzer Krankheit unerwartet schnell im Alter von 78 Jahren sanft entschlafen ist.

Am stillen Teilnahme bitten:  
**die trauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung Samstag Nachmittag 2 Uhr.

W. Forkam! Gofstet. Post Leinach. Freihändig befehleter **Nadelstammholz-Berkauf.**

Am Mittwoch, den 14. Juli 1926, vormittags 10 Uhr in Gofstet auf der Forstamtskanzlei aus dem Staatswald, La-Langh. Fm: 207 I., 403 II., 634 III., 548 IV., 428 V., 31 VI. Kl.; Sägh. Fm.: 58 I., 85 II., 47 III. Kl.; Ho-Langh. Fm. 20 I., 85 II., 109 III., 35 IV., 13 V., 1 VI. Kl. Sägh. Fm.: 3 I., 7 II., 8 III. Kl. Benjo Langh. Fm: 5 I., 17 II., 32 III., 6 IV., 2 V. Klasse; Sägh. Fm.: 3 II., 1 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvorbrunde durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

**Krieger-Berein Altensteig.** Der Verein beteiligt sich beim **Bezirkskriegertag in Egenhausen** am Sonntag, den 4. Juli. Sammlung beim Lokal „Grüner Baum“. Abmarsch 12 Uhr. Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein **der Ausschuß.**

**20% Stangenkäse** in feinsten Qualität ist eingetroffen u. empfiehlt billigt **Hamann, Zwerenberg.**

**Mittwoch** werden wieder Federn gereinigt, ich bitte um Voranmeldung zw. 6-8 Stunden eintreffend, damit möglichst darauf gewartet werden kann und niemand die Bettstücke über Nacht entbehren muß. **Reinhold Mayer, Altensteig**

**Schreibtisch** neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht. Angebote an die Exped. ds. Blattes erbeten.

**Kriegerverein Egenhausen.**

Am Sonntag, den 4. Juli ds. Js. wird hier der

## Bezirkskriegertag

verbunden mit 50 jährigem Jubiläum unseres Vereins abgehalten. Hierzu werden die verehrten Bezirks- und Nachbarvereine, sowie alle Freunde und Gönner unserer Sache herzlich eingeladen. Vorstanderversammlung vormittags 10 Uhr bei Kamerad Vorstand Hammer „zum Adler“.

Aufstellung des Festzuges mittags 1 Uhr.

Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

**Der Festausschuß.**

NB. Fremde Verkaufsstände werden nicht zugelassen.

Altensteig. **Sommerjoppen Sporthosen** gestr. **Knabenanzüge blaue Arbeitsanzüge** **Arbeitsjosen Gummimäntel** **Windjacken** **Auzugsstoffe** empfiehlt billigt **Fritz Bizemann.**

Edelweiler. Verkaufe am Samstag einen **Burf schöne starke Milchschweine**  **Friedr. Raifch.**

Altensteig. Guten **Apfelmöft** hat abzugeben **Fran W. Rieker, Karlstraße.**

**Achtung!**

Habe in Altensteig mein

## Elektro-Karussell

am Samstag u. Sonntag sowie Montag (Kinderfest) mit prachtvollem **Notenkonzert-Orchestron** in Betrieb.

**Alles jubelt, alles lacht, wer solche Fahrten mitgemacht!**

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Eugen Geiß, aus Cannstatt.**

**Ansichts-Karten** auch für Wiederverkäufer in größter Auswahl, empfiehlt **W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.**

Für die Einmachzeit empfiehlt **Ia. Pergamentpapier** in der Rolle und **Salizyl-Pergamentpapier** **W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.**

**LEBEWOHL** beseitigt Ihre **HÜHNERAugen u. KORNHÄUT!**  Wiederholte in Dosen 75 Hg. Lebewohl-Behandlung gegen entzündliche Hühner- und Fuhlgangsch. Beschaffenheit (2 Hühner 30 Hg., erdähnlich in Wasser lösen) abzusaugen. Säger zu haben bei: Dr. Schumacher, Schwarzwaldb. Bezirks-Altensteig, Poststraße.

